

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Juristische Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern zukunftssicher aufstellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Gut ausgebildete Juristinnen und Juristen sind für das Funktionieren dieses Rechtsstaates unerlässlich.
2. Eine attraktive und qualitativ hochwertige Juristenausbildung gewinnt deshalb aufgrund der bundesweit ansteigenden Konkurrenz um qualifizierte Juristinnen und Juristen fortlaufend an Bedeutung.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu berichten, welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um die Absolventenzahlen im Studiengang Rechtswissenschaften an der Universität Greifswald zu erhöhen. Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum 31. Mai 2022 Bericht zu erstatten.
2. zu prüfen, inwieweit die Universität Rostock für die Ausbildung von Juristinnen und Juristen geöffnet werden kann. Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum 31. Mai 2022 Bericht zu erstatten.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Mecklenburg-Vorpommern ist Teil eines modernen Verfassungs- und Rechtsstaates, der sich zu Demokratie, Gewaltenteilung und seinen Grundrechten bekennt. Aufgrund der anstehenden Pensionierungswelle bei Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten in Mecklenburg-Vorpommern und der bundesweiten Konkurrenz um gut ausgebildete Juristinnen und Juristen wird es zunehmend schwieriger, offene Stellen in der Justiz durch geeignete Juristinnen und Juristen zu besetzen. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Mecklenburg-Vorpommern benötigt deshalb eine breit aufgestellte juristische Ausbildung, die sich an diesen Erfordernissen orientiert und eine ausreichende Ausbildung von qualifizierten Juristinnen und Juristen ermöglicht.